



**Bernd Lynack MdL**  
Wahlkreis 21 - Hildesheim

Wahlkreisbüro:  
Osterstr.39 A · 31134 Hildesheim  
Tel.: 0 51 21 / 3 95 52  
Fax: 0 51 21 / 69 42 37  
info@bernd-lynack.de  
www.bernd-lynack.de

Hildesheim, 15. Oktober 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Oktober-Plenum war von zwei Krisen geprägt, die unser Land zurzeit zu meistern hat: zum einen der anhaltende Flüchtlingsstrom, der uns alle und viele tausend Helferinnen und Helfer täglich fordert, zum anderen der Skandal um die manipulierten Abgaswerte bei der Volkswagen AG.

Der starke Zustrom an Flüchtlingen in unser Land beschäftigt uns weiterhin intensiv. Unsere Aufnahmesysteme haben die Belastungsgrenze bereits mehrfach überschritten. Die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Aufnahmeeinrichtungen und im Innenministerium leisten dabei Großartiges. Sie stampften innerhalb weniger Wochen Tausende zusätzliche Aufnahmeplätze und Notunterkünfte aus dem Boden.

Diesen Menschen gilt unser Dank genauso wie denjenigen, die sich freiwillig in der Aufnahme der Menschen engagieren. In dieser Krise müssen wir zu Maßnahmen greifen, die wir vor Monaten noch ausgeschlossen haben.

Die Zahlen der in Niedersachsen ankommenden Flüchtlinge sind in den vergangenen Tagen weiter deutlich angestiegen. Täglich kommen aktuell inzwischen deutlich über 1 000 Menschen entweder direkt nach Niedersachsen oder sie werden über Bayern an das Land zugewiesen. Noch innerhalb dieser Woche müsste Niedersachsen 4 000 neue Plätze in Notunterkünften einrichten, um alle Menschen unterbringen zu können. Das ist in diesem Zeitraum aber trotz aller Anstrengungen laut Einschätzung des Kompetenzzentrums im niedersächsischen Innenministerium nicht möglich. Allein seit Anfang September wurden rd. 18 000 Plätze in Notunterkünften geschaffen. Trotz dieses unglaublichen Kraftaktes ist es aktuell nicht möglich, mit der Schaffung neuer Aufnahmekapazitäten mindestens vorübergehend den aktuellen Anstieg der Zahlen abfedern zu können.

Angesichts dieser Umstände muss das Land Niedersachsen, wie bereits andere Länder zuvor, die Kommunen darum bitten, Flüchtlinge im Rahmen der Amtshilfe vorübergehend aufzunehmen. Damit wird verhindert, dass Flüchtlinge kein Dach über dem Kopf haben und faktisch obdachlos sind.



Beginnend am Freitag, 16. Oktober, werden die ersten Flüchtlinge von den Kommunen in Amtshilfe für das Land aufgenommen werden müssen. Darüber hat unser Innenminister Boris Pistorius die Kommunen und die Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände am Mittwoch in einem Schreiben informiert. Vor Absendung dieses Schreibens wurde auch der Landtag von Boris Pistorius über diese Maßnahme unterrichtet.

Der Minister hat deutlich gemacht, dass wir an einem Punkt angelangt sind, an dem wir trotz der intensiven Suche und schnellen Prüfung von Dutzenden Liegenschaften und Geländen und der Schaffung von bislang 18 000 Plätzen in Notunterkünften seit Anfang September diesen Schritt gehen müssen. Dieser Weg ist alternativlos angesichts zehntausender Menschen, die alleine seit Anfang September nach Niedersachsen gekommen sind und weiterhin mit steigender Tendenz zu uns kommen werden. Wir haben vielen Kommunen und auch den kommunalen Spitzenverbänden in den vergangenen Tagen und Wochen deutlich signalisiert, dass wir ihre Kapazitäten möglicherweise kurzfristig in Anspruch nehmen müssen, von daher trifft sie dieser Schritt nicht völlig unvorbereitet. Natürlich werden wir von dieser Maßnahme nur so lange Gebrauch machen wie unbedingt nötig. Das zeigt, in welcher Situation wir uns gerade befinden.

Zurzeit wird weiterhin mit Hochdruck daran gearbeitet, die neu geschaffenen Notunterkünfte, soweit noch nicht geschehen, winterfest einzurichten. Weiterhin ist für dieses Jahr die Einrichtung von mindestens 14 000 weiteren Plätze geplant. Das Bundesinnenministerium hatte Anfang des Jahres 250 000 Flüchtlinge für Deutschland prognostiziert, im August war bereits von 800 000 Menschen die Rede. Laut Einschätzungen des niedersächsischen Innenministeriums dürfte auch diese Prognose inzwischen von der Wirklichkeit überholt worden sein. Boris Pistorius hat in dieser Woche deutlich gemacht, dass er von mindestens 100 000 Flüchtlingen in diesem Jahr in Niedersachsen ausgeht. Diese Zahlen bringen uns insbesondere in ihrer Geschwindigkeit über unsere Belastungsgrenze hinaus. Die Landesregierung tut alles, prüft jede mögliche Liegenschaft, jede Kaserne, jedes leerstehende Krankenhaus oder Bürogebäude. Das Innenministerium hat schon früher als andere Länder eine Großzahl winterfester Schnellbauhäuser gekauft, die mobile Registrierung der Flüchtlinge läuft unter Hochdruck. Was weiterhin nicht funktioniert, ist die Bearbeitung der Asylanträge durch den Bund, hier muss etwas passieren, denn insbesondere durch die fehlende Bearbeitung dieser Anträge werden wir gnadenlos ausgebremst und die Systeme bleiben verstopft. Hier muss sich endlich etwas ändern! Das Letzte, was wir wollen, sind Flüchtlinge, die im tiefsten Winter keine andere Wahl haben, als auf der Straße zu wohnen. Das müssen wir mit allen Mitteln verhindern!

Man könnte erwarten, dass in Situationen wie diesen, alle politischen Kräfte zusammen wirken und an konstruktiven Lösungen arbeiten. Leider hat die Opposition aus CDU und FDP die Erklärung von

Boris Pistorius dazu genutzt, parteipolitische Spielchen zu treiben. Die Flüchtlingspolitik der rot-grünen Landesregierung sei gescheitert, erklären beide Oppositionen reflexartig im Anschluss an die Unterrichtung im Landtag. Leider sind auch beide Fraktionen Antworten darauf schuldig geblieben, welche Lösungen sie in dieser Situation anstreben.

Volkswagen steht wie kein anderes Unternehmen auch für Niedersachsen. Von Niedersachsen aus machte sich das Unternehmen auf den Weg zu einem Weltkonzern. Heute ist Volkswagen der größte Automobilhersteller der Welt. Gleichzeitig ist das Unternehmen stark im Land: 120.000 Menschen arbeiten unmittelbar bei Volkswagen. Hinzu kommen viele Tausend Beschäftigte bei Zulieferern und Dienstleistern. Sie alle haben Anteil am Erfolg des Unternehmens. Die enge Verbindung und die starke Identifikation mit Volkswagen leitet den Skandal um die Abgasmanipulationen damit direkt in unser Land. Die Auswirkungen werden hier zu spüren sein. Stephan Weil hat zu Beginn des Plenums in einer Unterrichtung deutlich gemacht, dass es daher wichtig ist, dass die Aufklärung auch von hier aus betrieben wird. Die Verantwortlichen müssen ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden. Gleichzeitig müssen Instrumente entwickelt werden, die solche Dinge in Zukunft verhindern. Wirtschaftsminister Olaf Lies und Ministerpräsident Stephan Weil sind ihrer Verantwortung als Mitglieder des Aufsichtsrats nachgekommen. Sie haben die Aufklärungsarbeit aktiv vorangetrieben. Dies zeigt, wie wichtig eine starke Beteiligung des Landes am Unternehmen Volkswagen ist. Wir stehen zu dieser Beteiligung und zu den Beschäftigten. Auch und gerade in schweren Zeiten.

## **LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT**

### **Entwurf eines Gesetzes zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Teilhabe muslimischer Organisationen am Fernsehrat des ZDF**

Das Bundesverfassungsgericht hat Teile des ZDF-Staatsvertrages als unvereinbar mit Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes angesehen und die Länder verpflichtet, bis spätestens zum 30. Juni 2015 eine verfassungsgemäße Neuregelung zu treffen. In der Folge haben sich die Länder auf einen



Entwurf zur Änderung des ZDF-Staatsvertrages verständigt, den die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder auf ihrer Konferenz bereits unterzeichnet haben. Wir haben das Zustimmungsgesetz zu diesem Staatsvertrag beschlossen. Nach § 21 des ZDF-Staatsvertrages wird aus dem Land Niedersachsen ein Vertreter aus dem Bereich „Muslime“ entsandt, wobei die Einzelheiten zur Entsendung durch Landesgesetz geregelt werden.

### **Entwurf eines Gesetzes über die „Stiftung Zukunftsfonds Asse“ (AsseStG)**

Zwischen 1967 und 1978 wurden in der Schachtanlage Asse II, einem ehemaligen Salzbergwerk bei Remlingen im Landkreis Wolfenbüttel, radioaktive Abfälle eingelagert bzw. entsorgt. Seit 2009 ist das Bundesamt für Strahlenschutz für den Betrieb der Schachtanlage zuständig. Es soll die radioaktiven Abfälle nach Möglichkeit zurückholen und die Schachtanlage anschließend unverzüglich stilllegen. Dies wird nach jetzigem Planungsstand noch mehrere Jahrzehnte dauern. Der Bund trägt die Verantwortung für die nukleare Entsorgung und ihre Folgen. Entsprechend kündigte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks bei einem Besuch der Schachtanlage im März 2014 an, gegenüber der betroffenen Region für einen gewissen finanziellen Nachteilsausgleich zu sorgen. Um mit diesen Mitteln einen dauerhaften Mehrwert zu erzielen, sollen sie vor Ort in die regionale Landesentwicklung investiert werden. Für die langfristige Verzahnung von Geldgeber (Bund), den Zuständigen für die regionale Landesentwicklung (Land) und den kommunalen Akteuren mit ihren besonderen Kenntnissen, wollen wir mit diesem Gesetzesentwurf eine entsprechende Stiftung errichten. Wir haben den Gesetzentwurf in erster Lesung beraten.

Neben den Gesetzesentwürfen werden wir wieder eine Reihe weiterer Initiativen beraten:

### **Hilfe für Opfer von Unrecht und Misshandlungen in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie in den Jahren 1949 – 1990**

Ehemalige Heimkinder in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe bekommen Hilfe und Unterstützung zur Überwindung heute noch vorhandener Spätfolgen von erlittenem Unrecht und Leid. In der Zeit von 1949 bis 1975 lebten etwa 700 000 bis 800 000 Kinder und Jugendliche in Säuglings-, Kinder- und Jugendheimen in der Bundesrepublik Deutschland. Der Heimaufenthalt vieler ehemaliger Heimkinder war vielfach von traumatisierenden Lebens- und Erziehungsverhältnissen geprägt. Wem während der Heimunterbringung im vorgenannten Zeitraum in der Bundesrepublik Deutschland Unrecht und Leid zugefügt wurde, das heute noch zu Beeinträchtigungen führt, dem kann nun Unterstützung gewährt werden.

Ein entsprechender Fonds wurde für ehemalige Heimkinder eingerichtet, denen zwischen 1949 und 1990 in der ehemaligen DDR Unrecht widerfahren ist. Personen, die als Kinder und Jugendliche in Heimen der Behindertenhilfe oder psychiatrischen Einrichtungen misshandelt wurden, steht bisher eine solche Entschädigung nicht offen.

### **Bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen in Niedersachsen!**

Nach der Wohnungsmarktbeobachtung 2014/2015 der NBank gibt es in Niedersachsen rund 3,9 Millionen Wohnungen. Davon sind aktuell rund 93 400 gebundene Mietwohnungen. Der Bestand an Sozialwohnungen ist allein seit 2010 um mehr als 5 000 Wohnungen zurückgegangen. Der Trend hält an und lässt den Bestand drastisch sinken. In der Wohnungsmarktbeobachtung macht die NBank deutlich: „Die Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum für einkommensschwache Haushalte ist somit eine zentrale Herausforderung für die Kommunen. Das gilt insbesondere für die größeren Städte und andere Standorte mit steigenden Angebotsmieten.“

Mit mehreren Maßnahmen hat die Landesregierung seit 2013 ihren Anspruch für ein aktives Einwirken auf die Wohnungsmärkte deutlich gemacht. Bezahlbares Wohnen, Barrierefreiheit und

energetische Sanierungen bilden den Schwerpunkt der Aktivitäten. Allein mit dem 400-Millionen-Euro-Sofortprogramm der Landesregierung sollen bis zu 5 000 zusätzliche geförderte Wohnungen entstehen. So kann dem rasanten Rückgang der Sozialwohnungen in Niedersachsen entgegengewirkt werden. Mit 6,5 Millionen Euro wird der Bau von zusätzlichen Plätzen in den Studierendenwohnheimen ermöglicht. Wir haben mit dem Antrag das Vorhaben unterstützt.

### **Teilhabe ermöglichen - Zugang zu Bildung schaffen**

Aktuelle Zahlen besagen, dass ein Viertel aller Geflüchteten unter 18 Jahre alt sind, ca. 40 % der Geflüchteten sind unter 25 Jahre. Viele Geflüchtete werden voraussichtlich in Deutschland bleiben, hier leben und sich in die Gesellschaft einbringen. Mit Blick auf die große Zahl junger Menschen wird deutlich, dass die Schaffung eines Zugangs zu Bildung und Ausbildung eine zentrale Aufgabe ist und den Schlüssel zur Teilhabe an unserer Gesellschaft darstellt.

Mit dem Erlass „Förderung von Bildungserfolg und Teilhabe von Schülerinnen und Schülern nicht-deutscher Herkunftssprache“ vom 01.07.2014, hat die Landesregierung eine gute Grundlage für die schulische Integration und Förderung von Flüchtlingskindern gelegt und mit der Bereitstellung zusätzlicher Mittel mit dem Haushaltsplan für 2015 und den Nachtragshaushalten hat sie bereits auf den Anstieg der Einwanderungszahlen reagiert. Dieses Vorhaben wurde von der SPD-Fraktion unterstützt.



Am Mittwoch habe ich für unsere Fraktion zu einem Antrag der CDU-Fraktion gesprochen, durch den vereinfachte Abschiebeverfahren gefordert werden. In meiner Rede habe ich deutlich gemacht, dass die Rückführungsquoten seit Jahren nahezu konstant sind. Schriftliche Ankündigungen und der Verzicht auf Nachtabschiebungen, in denen in der Vergangenheit auch Familien auseinandergerissen wurden, haben diese Statistik wenig verändert. Den vollständigen Text meiner

Rede könnt ihr - wie immer - auf meiner Homepage unter [www.bernd-lynack.de](http://www.bernd-lynack.de), nachlesen.

Das nächste Plenum findet vom 11. Bis 13. November statt. Alles Wichtige dazu, werde ich Euch im Anschluss daran wieder berichten.

Jetzt hat der Herbst Einzug gehalten. Die Tage werden spürbar kürzer. Zeit für gemütliche Abendrunden mit Freunden am Kamin, Braunkohlwanderungen und Spaziergänge im bunt gefärbten Blätterwald. Ich wünsche euch viele schöne, sonnige herbstliche Momente.

Euer

*Berd*